

Inserate

werden angenommen

in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schlech, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breitestr.-Ecke,
Otto Nitsch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortl. Redakteur i. V.:
G. Wagner
in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Mr. 605

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 30. August.

Inserate, die schmäler als die Breite des Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Politische Übersicht.

Wir haben bereits gestern auf den Umschwung hingewiesen, der sich in derjenigen Presse, welche reaktionären Polizeimassregeln im Allgemeinen sehr das Wort redet, jetzt plötzlich bezüglich des Planes einer Verstärkung des Vereins und Versammlungsrechtes in Preußen vollzieht. Die „Pos. Ztg.“ hebt mit Recht hervor, daß dabei in ganz auffälliger Weise die Person des Reichskanzlers in den Vordergrund geschoben wird. Während beim ersten Aufstehen des Gedankens die preußische Regierung wegen ihrer Thatkraft geprahnt wurde, mußte der Reichskanzler sich mancherlei versteckte Angriffe gefallen lassen, weil er der Gefahr mit verschrankten Armen gegenüberstehe. Jetzt auf einmal taucht von nationalliberaler Seite die Andeutung auf, daß der Reichskanzler eigentlich der Urheber des ganzen Planes sei, daß er die

Umgebung der natürlichen Stellung des Reichstages wünsche, während im preußischen Staatsministerium manigfache Bedenken dagegen herrschen.

Diese Darstellung will uns nicht recht in den Kopf. Sehr viel wahrscheinlicher dünkt es uns, daß von Seiten der Reichsregierung Bedenken geltend gemacht worden sind. Man erinnere sich nur, daß die erste Ankündigung in der „Nord. Allg. Ztg.“ ausdrücklich von einer Absicht der preußischen Staatsregierung sprach. Die bisherige Entwicklung der Angelegenheit giebt die Hoffnung, daß wir in Preußen mit den geplanten Freiheitsbeschränkungen verschont bleiben; da der Reichstag für ähnliche Pläne nicht zu haben ist, so wäre damit die Angelegenheit in befriedigendster Weise erledigt.

Anknüpfend an die Verstümmelung der Büste des Prinz-Regenten von Bayern in der Nacht vom 24. auf den 25. August im Wittelsbacher Park zu Garmisch schreibt die „Münchener Allg. Ztg.“:

Die Verübelung dieses Alters böhmisches Stolz sind noch nicht entdeckt. Nach am 25. traten die Gemeindebevollmächtigten von Garmisch zusammen, um ihr Bedauern über das Bubenstück auszudrücken und die Mittel zur Herstellung einer neuen Büste zu bewilligen. Der in Murnau wellende Bildhauer Hautmann, der Schöpfer des dort soeben enthüllten Denkmals für König Ludwig II., stellte die von ihm vor Kurzem noch dem Leben modellierte Büste des Regenten zur Verfügung. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Garmischer Freiheit hat in Verbindung bringt mit der mehr als tatkundigen und in höchstem Grade ungeschickten Art der Agitation, welche gewisse Elemente aus Anlaß der Murnauer Eröffnungsfest in Szene setzten und die bei urtheilslosen Leuten, wie sich zeigt, eine bedenkliche Begriffsverwirrung erzeugt hat. Wissen ja doch die „Neuest. Nachr.“ ferner von einer in Murnau vorgesetzten Beleidigung des Prinz-Regenten zu berichten, die nicht bekannt gegeben werden kann, ohne daß man mit dem Prekägesetz in Konflikt gerät. In eindrücklicher Beleuchtung erscheint dabei die telegraphische Huldigung, welche das Murnauer Festkomitee an den in Köln veranstalteten deutschen Katholikentag, der „Augsb. Posttag.“ zufolge, ablieferte: eine dynastische Feier, die ein Alt der Pietät sein sollte, wird zu einer Parteidemonstration benutzt. Wahrsch, das angeblich so hoch gehaltene Andenken an König Ludwig II. muß sich zu sonderbaren Zwecken missbrauchen lassen.

Die italienische Regierung hat die Idee fallen lassen, die Anarchisten, die zum Zwangsdomicil verurtheilt werden, nach den Inseln des Roten Meeres zu deportieren. Der Grund dieser Entschließung ist in dem schlechten Stande der Staatsfinanzen zu suchen, der die Anlegung von Strafkolonien in so weiter Ferne wegen der damit verbundenen großen Kosten unmöglich macht. Statt dessen wird man die Anarchisten nach den kleinen italienischen Inseln deportieren. Indessen arbeiten die von der Regierung eingesetzten Provinzial-Kommissionen rüstig, um die Namenslisten derjenigen, die anarchistische Bestrebungen verdächtig und für die Deportation reif sind, fertig zu bringen.

Die Chinesen wollen auf Korea einen neuen Sieg ersuchen haben und, wie gemeldet, unterstützt von 5000 Koreanern, die japanische Armee nach Kaesong, 40 Meilen nördlich von Söul, mit erheblichen Verlusten zurückgeworfen haben. Hiermit stehen die aus japanischer Quelle vorliegenden Nachrichten über die bisherigen Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze im Widerspruch, und es werden nähere Meldungen abzuwarten sein. Zu leugnen ist nicht, daß sich auf chinesischer Seite eine ganz ungewöhnliche Rücksicht bemerkbar macht. Der Vizekönig Li-Hung-Liang hat den Befehl ertheilt, 500 000 Rekruten in den Provinzen An-Hwei, Hunan, Hupei und Schensi auszuheben, 12 Mill. Töls seien schon für Kriegskosten bei Seite gelegt worden. Sollte es nötig sein, würde auch die Hälfte des zur Feier des 60. Geburtstages der Kaiserin-Mutter gesammelten Fonds zu Kriegszwecken verwendet werden. In der Berliner chinesischen Gesandtschaft behauptet man, China werde den Krieg bis zum letzten Mann führen. Das sind große

Worte, die nicht genau genommen werden müssen. China besitzt allerdings Hunderte von Millionen Menschen, aber wenig wirklich ausgebildete und ausgerüstete Truppen und die Masse giebt heutzutage nicht mehr den Ausschlag. Besser wäre es für das „Reich der Mitte“, es hätte Hunderte von Millionen Taels, eine bessere Armeeorganisation und eine ausreichendere Flotte. Über diese drei wichtigen Dinge verfügt Japan, dessen Bevölkerung sich im höchsten Maße opferwillig zeigt, die aber einen entschiedenen Stoß ins Herz von China verlangt. Es soll auf Peking vorgezogen werden, und die Gerüchte über eine beabsichtigte Landung bei Taku scheinen nicht grundlos zu sein. Zudem sollen schon wieder 20 000 Japaner auf Korea an der Mündung des Yaluflusses gelandet sein, sodass die Zahl der japanischen Truppen bald jener der chinesischen die Wage halten wird. Der Kampf um den Vorhang in Ostasien — und ein solcher ist jetzt der koreanische Krieg — dürfte daher lange und erbittert werden.

Deutschland.

Berlin, 29. Aug. [Evangelischer Sozialismus.] Der Evangelische Bund will es nicht wahr haben, daß er den Anschluß an die Essener Bergarbeitervereinigung gesucht und noch knapp gefunden habe. Der Bund lädt mittheilen, daß ein entsprechender Beschluss in Bochum nicht gefaßt worden sei, und daß der Pfarrer Weber einzige und allein aus eigenem Antriebe gehandelt habe, wenn er sich auf dem christlichen Kongress zu Essen eingestellt und für ein Zusammenschluß der evangelischen Bergarbeiter mit den katholischen Genossen ausgesprochen habe. Daß in Bochum „beschlossen“ worden sei, den Essener Kongress zu beschicken, ist nirgends behauptet worden. Ueberdies geht der ganze Streit um Worte. Dem Evangelischen Bunde kann zugegeben werden, daß er nicht als solcher mit der Bewegung der christlichen Bergarbeiter etwas zu thun hat. Aber eine eng verwandte Organisation, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, hat sich besonnen gezeigt, mit dem katholischen Sozialismus zu konkurrieren. Die Delegiertenkonferenz der evangelischen Arbeitervereine ist gleichzeitig mit der Sitzung des Evangelischen Bundes in Bochum abgehalten worden, und es ist nicht nur durch äußere Umstände erklärl, sondern auch durch die inneren Beziehungen beider Körperschaften gerechtfertigt, wenn das Thun und Treiben der evangelischen Arbeitervereine als gleichartig mit den Bestrebungen des Evangelischen Bundes behandelt worden ist. Schon daß beide Versammlungen zur selben Zeit und am selben Orte stattfanden, beweist ihre gegenseitige geistige Abhängigkeit von einander. Die nämlichen Redner haben in den Sitzungen des Evangelischen Bundes und in denen der evangelischen Arbeitervereine das Wort geführt. Man braucht hier nach nicht einmal von einer Verwechslung zu sprechen, wenn dem Evangelischen Bunde ein Unternehmen zugeschrieben worden ist, das zunächst den evangelischen Arbeitervereinen auf die Rechnung zu setzen ist. Es ist zweifellos im Sinne des neuromantischen evangelischen Sozialismus geschehen, wenn Pfarrer Weber die christlichen Bergarbeiter in Essen zu ihrer Organisation mit ermuntert hat, und dieser evangelische Sozialismus hat im Evangelischen Bunde genau so seine Stätte wie in den Arbeitervereinen. Schon daß Dutzende von Mitgliedern der einen Gesellschaft rührige Anhänger der anderen Gesellschaft sind, würde als Beweis ausreichen.

Gegenüber der Blättermeldung, daß der Militärbevollmächtigte Oberst v. Deines in Wien demnächst abberufen werde und der Flügel-Adjutant des Kaisers, Oberstleutnant Graf v. Hülsen-Häuser, zu seinem Nachfolger bestimmt sei, ist die „Post“ zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht, soweit sie den Oberstleutnant Graf Hülsen betrifft, jeder Begründung entbehrt. Auch sonst seien in Bezug auf eine Veränderung bei dem Posten eines Militärbevollmächtigten in Wien noch keineswegs Bestimmungen getroffen worden.

Gegen den Maximalarbeitsstag für Bäcker, wie solcher von der Reichskommission für Arbeiterstatistik in Vorschlag gebracht worden ist, hat sich am Dienstag eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung der Berliner Bäckermeister in den Germaniaälen erklärt. Sämtliche Redner erhoben schwere Bedenken sowohl bezüglich der Objektivität der Kommission, welche sie durch „sozialdemokratische Wöhler“ für voreingenommen erklärten, als auch bezüglich der Folgen, welche für den Stand eine Neuordnung der Arbeitszeit im Sinne der Kommission nach sich ziehen müssten. Die Gesundheitsgefährlichkeit des Bäckereibetriebes wurde unter Bezugnahme auf das vom Reichsgesundheitsamt festgestellte Material entschieden in Abrede gestellt und zu widerlegen gesucht.

Die Versammlung nahm alsdann einstimmig die nachstehende Resolution an:

Die heute in den Germania-Sälen versammelten Bäckermänner Berlins leben in der geplanten Beschränkung der Arbeitszeit eine schwere Schädigung ihres Gewerbes. Das gute Verhältnis zwischen Meister und Gesellen wird beeinträchtigt und die erwartete Bekleidung der wirklich arbeitenden Gesellen ausbleibt. Am bedenklichsten aber ist die in Aussicht genommene Verkürzung der Sonntagsarbeit. Es ist auch nicht annähernd möglich, den am Sonntag stärkeren Gebrauch an Kuchen und seinem Gebäck in der bemessenen Zeit herzustellen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, der Reichskanzler werde den von der Arbeiterschutz-Kommission ausgearbeiteten Vorschlägen zum Erlass einer Verordnung die Genehmigung versagen.

Ueber die Angelegenheit des Dr. Wendlandt berichtet die „Kob. Ztg.“:

Dr. Wendlandt ist allerdings der Arbeiterschutz einverlebt, allein er ist nicht Soldat zweiter, sondern erster Klasse und trägt auch die Kollarde. Die bisher geleistete Dienstzeit wird ihm angerechnet, und wenn er vor seiner Einreihung in die Arbeiterschutz nicht schon eine Festschaffung erlitten hat — in diesem Falle müßte er selbstverständlich länger dienen — so erfolgt seine Entlassung im April des Jahres 1896.

Warum die Einreihung in die Arbeiterschutz erfolgt ist, wird nicht gesagt; ebenso ist die angebliche Entziehung des Freiwilligenrechts noch unaufgeklärt.

Aus Leipzig ausgewiesen wurde, dem „Leipziger Tagblatt“, zufolge, ein Anarchist namens Hentschel.

München, 28. Aug. An das 1. Fuß-Artillerieregiment erging gestern der telegraphische Befehl, noch am Abend das Lager Lechfeld zu verlassen und mit der Bahn nach seinen Garnisonen Ingolstadt und Neu-Ulm zurückzukehren. Diese Anordnung ist eine Vorbeugungsmaßregel gegen Typhuserkrankungen.

Niederlande.

W. T. B. Haag, 29. Aug. Eine Sonderausgabe des amtlichen Blattes enthält die folgende erst gestern Abend der Regierung zugegangene Depesche vom 27. August: General Wetter, der Kommandant der Expedition auf Lombok telegraphirt:

Am 25. August 11 Uhr Abends wurden wir bei Tjakra Negara überfallen; das Feuer dauerte bis zum folgenden Tage. Wir zählten am 26. d. 14. Tote und 85 Verwundete. Es herrschte Wassermangel; alle Zufuhren sind unmöglich. Die Verluste nahmen auf dem Rückweg nach Mataram noch bedeutend zu. Das Biwak ist aufgegeben. Um 8 Uhr Abends kam die Kolonne Bylevelt aus dem Innern mit starken Verlusten an. Es mangelt an Lebensmitteln, die Verbindung mit Ampenan ist unterbrochen. Ein Uebergehen zum Angriß ist unmöglich, da die Truppen zwischen Tjakra und Mataram eingeschlossen sind. Dieselben zogen sich auf Umwegen am 27. August nach Ampenan zurück. Die Verluste wurden alsdann wie folgt festgestellt: 4 Offiziere und 63 Mann tot, 12 Offiziere und 153 Mann verwundet, 6 Offiziere und 148 Mann werden vermisst. Die Expedition hat auch 4 Kanonen in Mataram eingebüßt. Das Schicksal der von Lawick und van Baf geführten Kolonne, die sich im Innern der Insel befindet, ist unbekannt. Durch Kriegsschiffe wurden 200 Mann und Kanonen gelandet.

Heute hat eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates von Indien und der Kommandanten der Armee und der Marine stattgefunden.

Eine Depesche der „Nieuws van den Dag“ meldet noch, daß die Kolonne Lawicks und van Bafis mit großen Verlusten eingetroffen ist. Lawick ist gefallen.

Eine amtliche Depesche meldet, daß die Truppenkolonne unter dem Oberbefehlshaber Lawick, welche sich im Innern von Lombok befand, um die getroffenen Vereinbarungen zu sichern, auf dem Rückmarsch von Balinesen angegriffen wurde und in Tjakra im Laufe der Nacht und an dem darauf folgenden Tage, den 28. d. Mts. einem fortgesetzten Feuer ausgesetzt war. Einigen Abtheilungen gelang es, nach Ampenan zu kommen. Der Oberbefehlshaber, 2 Offiziere und 6 Mann wurden getötet, 2 Offiziere und 18 Mann verwundet. Ueber das Schicksal der übrigen 4 Offiziere und 95 Mann ist noch nichts bekannt.

Aus dem Gerichtssaal.

R. C. Leipzig, 29. August. [Ein gefährlicher Einbrecher] wurde in der Person des Schuhmachers Leon Sawicki durch Urteil der Strafammer beim Amtsgericht zu Grätz für lange Zeit unschädlich gemacht. Sawicki wurde am 3. Juli d. J. wegen acht schweren und eines einfachen Diebstahles zu neun Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. Um möglicherweise die Strafe etwas herabgemindert zu erhalten, bediente er sich des Rechtsmittel der Revision. — In der Revisionschrift wußte er weiter keine Beschwerde vorzubringen, als daß die Strafe, die ihm die Strafammer zufügte, zu hoch sei; er habe, da er ein offenes Gesäßtritt hatte, Anspruch auf milbernde Umstände gebaut. — Das Reichsgericht stellte aus den Akten fest, daß die Strafammer ausdrücklich die Abstötigung milbernder Umstände abgelehnt hatte. Es sah sich außer Stande, daran etwas zu ändern, zumal sich die Höhe der Strafe durchaus in den gesetzlichen Grenzen hielte, und verworf demgemäß die Revision.

